

Jetzt hängt alles an der **ENERGIE**

Frauen an die Spitze

Diversität als Erfolgsmodell: LANXESS setzt auf Frauen in Führungspositionen.

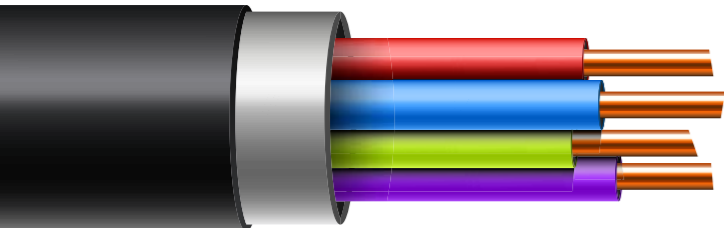
Dem Gesetz auf die Sprünge helfen

Die Industrie braucht dringend schnellere Genehmigungsverfahren.

Inhalt

4-9 **Energieversorgung sichern**

Der Krieg verschärft die Situation: Die Energiepreise steigen extrem, doch die chemische Industrie trägt die Sanktionen mit. Aber sie braucht Energie – stoppt ihre Produktion, gehen damit dramatische Folgen für die gesamte Wirtschaft einher.



12

Wichtiges NRW:

Die Industriepolitik hat im bevölkerungsreichsten Bundesland stark an Bedeutung gewonnen. Was die Politik nach den Wahlen dringend angehen muss, beschreibt Hans-Jürgen Mittelstaedt, Geschäftsführer VCI NRW.



Verantwortung

- 18 **Olympioniken in Sachen Chemie**
Mit seiner Bildungsinitiative engagiert sich LANXESS für Nachwuchs in den Naturwissenschaften. Auch die besten Jung-Chemiker und -Chemikerinnen aus NRW, die an dem 54. Finale der Internationalen Chemie-Olympiade in China teilnehmen werden, unterstützt der Konzern.



- 10 **Den Trend beschleunigen:** 30 Prozent Frauenanteil in den Führungspositionen, das ist das Ziel von LANXESS bis 2030.



- 16 **Vereinfachen statt verkomplizieren:**
Task Force bringt Vorschläge für Gesetzesreform ein.

Standpunkt

- 14 **Fokus Brüssel**
Carbon Leakage bleibt ein Thema trotz des neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus'.
- 15 **Fokus Berlin**
Randvöll mit Gas? Berlin reagiert auf den Krieg in der Ukraine. Ein Gesetz zur nationalen Gasreserve soll für volle Speicher sorgen.

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Besorgnis schauen wir alle auf die Ukraine. Was dort geschieht, ist für uns alle unfassbar. Russlands Präsident Putin lässt in einem Akt militärischer Aggression ein Nachbarland überfallen, bricht das Völkerrecht und bringt ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern Tod, Verletzung und Vertreibung. Er stürzt die Welt in eine völlig unnötige Krise und schadet unzähligen Menschen, Institutionen und Unternehmen.

Dass ein solcher Krieg im Jahr 2022 in Europa geführt wird, hätten wir nicht für möglich gehalten!

LANXESS verurteilt dieses verbrecherische Vorgehen

Russlands und seiner Verbündeten. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten unseren Nachbarinnen und Nachbarn in der Ukraine. Wir stehen voll hinter den Sanktionen der Staatengemeinschaft, die hoffentlich rasch ein Umdenken der russischen Führung bewirken. LANXESS spendet 200.000 Euro an die „Aktion Deutschland Hilft“, um humanitäre Hilfe zu leisten. Das Aktionsbündnis ist in der Ukraine und deren Nachbarländern aktiv. Es ist mit lokalen Organisationen vernetzt und unterstützt Familien, die vor der Gewalt fliehen – in der Ukraine und auf den Stationen ihrer Flucht.

Wir begrüßen die Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Aber wir müssen auch die Versorgung der deutschen Industrie sicherstellen und zugleich die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen langfristig überwinden.

Das geplante Gesetz zur Nationalen Gasreserve und das Energie-Umlagen-Gesetz (EnUG) sind wichtige Schritte auf diesem Weg.

Die deutsche Industrie ist wie kaum eine andere in weltweite Wertschöpfungs- und Lieferketten integriert. Ideen und Forschungen zu Produkten „made in Germany“ werden oft über Ländergrenzen hinweg in multinationalen Teams entwickelt. Auch die Produktion deutscher Unternehmen ist verstreut auf global verteilte Standorte. Gleiches gilt für Rohstoffe, Materialien und Vorprodukte. Nicht zuletzt ist Deutschland als drittgrößte Exportnation nach China und den USA in besonderem Maße von globalen Entwicklungen abhängig. Der Erhalt der liberalen Weltordnung und die Wahrung von Stabilität und Sicherheit sind zentrale Existenzfragen für die deutsche Industrie.

Ihr Matthias Zachert

Vorstandsvorsitzender
der LANXESS AG

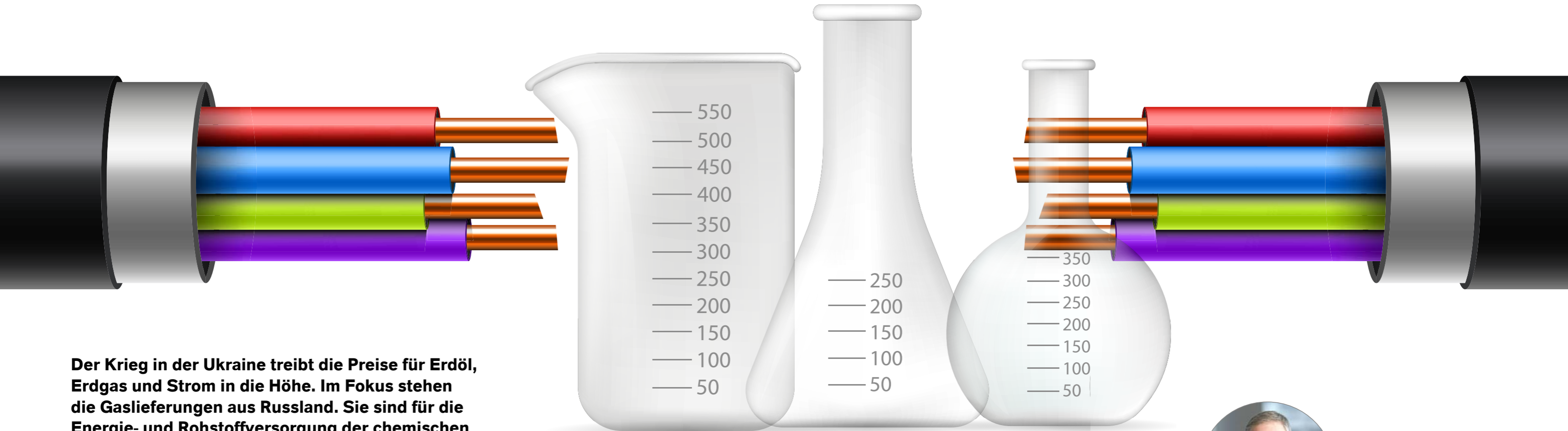


» Unser ganzes Mitgefühl und unsere Solidarität gelten unseren Nachbarinnen und Nachbarn in der Ukraine. Wir stehen voll hinter den Sanktionen der Staatengemeinschaft.«



DIE WIRTSCHAFT BRAUCHT DIE CHEMIE

JETZT HÄNGT ALLES AN DER ENERGIE



Der Krieg in der Ukraine treibt die Preise für Erdöl, Erdgas und Strom in die Höhe. Im Fokus stehen die Gaslieferungen aus Russland. Sie sind für die Energie- und Rohstoffversorgung der chemischen Industrie entscheidend. Sollten sie gekappt werden, hätte dies dramatische Folgen auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Autos, Computerchips, Dämmmaterialien, Fernseher, Medikamente, Putzmittel – so unterschiedlich diese Produkte auch sind, gemeinsam ist ihnen, dass sie Chemieprodukte enthalten. Fast 95 Prozent aller Industrieerzeugnisse in Deutschland sind auf chemische Stoffe angewiesen. Gerät die chemische Industrie aufgrund der hohen Energiepreise ins Straucheln oder wird sie ausgebremst, hat das Auswirkungen auf fast alle Branchen und natürlich auch den Arbeitsmarkt. Erdgas kommt eine Schlüsselrolle zu. Es wird zur Produktion von Wärme und Strom genutzt und darüber hinaus auch als Rohstoff eingesetzt.

Sorge um Lieferungen

Deutschlands Abhängigkeit vom russischen Gas stellt Industrie und Politik vor ein Dilemma. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Kanzler Olaf Scholz haben bislang ein Embargo abgelehnt, um Wirtschaft und Verbraucher vor unkalkulierbaren Folgen zu schützen. Der VCI, der hinter allen bisherigen Sanktionen steht, wirbt eindringlich für eine Beibehaltung dieses Kurses. „Unser Beitrag ist oft unsichtbar, aber unverzichtbar für ein reibungsloses Funktionieren der gesamten Wirtschaft“, schreiben VCI-Präsident Christian Kullmann und die Präsidiumsmitglieder, darunter

auch LANXESS-Vorstandsvorsitzender Matthias Zachert, an den Wirtschaftsminister Habeck. Der Verband der Chemischen Industrie blicke mit großer Sorge auf mögliche Kürzungen oder auch Abschaltungen der Lieferungen aus Russland.

Energie wird noch teurer

Denn die Industrie muss schon jetzt hohe Energiepreise verkraften. Im Dezember 2021 war der Gaspreis um 235 Prozent höher im Vergleich zum Vorjahr. Mit dem Anstieg der Gaspreise verteuert sich auch die Erzeugung von Strom. Der Börsenstrompreis lag im Dezember 2021 mehr als viermal so hoch wie zu Jahresanfang. Der Russland-Ukraine-Konflikt ließ die Preise an der Strombörse in kurzer Zeit in ungeahnte Höhen steigen. Die

Gas- und Kohlepreise nahmen seit Kriegsbeginn erneut um 70 bis 80 Prozent zu. Eine Verknappung von Gas wie dies bei einem Importstopp der Fall wäre, würde zwangsläufig zu einem weiteren Anstieg führen.

Staat bestimmt Strompreis

Die seit Monaten angespannte politische Situation und der Ende Februar ausgebrochene Krieg sind jedoch nicht allein für die hohen Stromkosten verantwortlich. Deutschland verfügt in Europa über die höchsten Strompreise. So lag der Industriestrompreis 2020 in Deutschland bei 17,8 Cent pro Kilowattstunde, in Frankreich bei 10,5 Cent und in Dänemark und Schweden lediglich bei 5 bis 6 Cent. „Die Energiepolitik ist ein Wettbewerbsnachteil Deutschlands“, sagt



» Wir begrüßen die Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland. Aber wir müssen auch die Versorgungssicherheit der deutschen Industrie sicherstellen und zugleich die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen langfristig überwinden.«

Matthias Zachert, Vorstandsvorsitzender LANXESS



INTERVIEW

» DER MARKT IST UNBERECHENBAR GEWORDEN «

Schon vor Beginn des Ukraine-Kriegs war LANXESS stark von den hohen Energiepreisen betroffen. Marcel Beermann, Head of Global Procurement & Logistics bei LANXESS, sieht vor allem die Situation auf dem Gasmarkt kritisch. Im Interview erklärt er Auswirkungen und Hintergründe der aktuellen Energiepreisentwicklung.

Wie wirken sich die hohen Energiepreise konkret bei LANXESS aus?

2020 haben wir ca. 300 Mio. Euro für Energie ausgegeben, 2021 waren es rund 500 Mio. Euro. Für 2022 erwarten wir einen weiteren Anstieg. Es ist also dramatisch.

Können Sie noch planen?

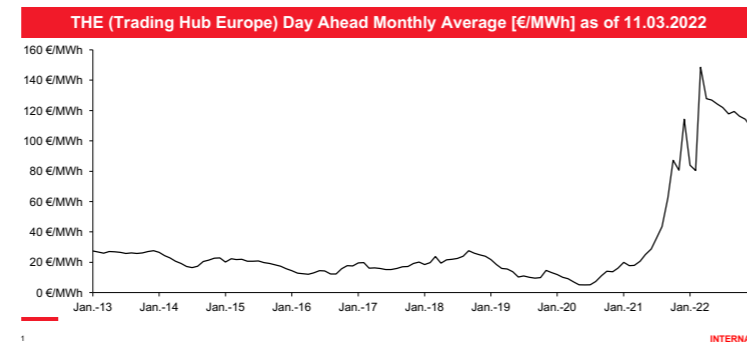
Das ist sehr schwierig. Der Markt ist volatil und unberechenbar geworden. Durch den Krieg in der Ukraine und den Konflikt mit Russland hat sich das verschärft. Die Auswirkungen auf Energieversorgung und Energiepreise in Europa lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen. Bislang sehen wir keine Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit. Es ist aber möglich, dass sich die aktuell extrem hohen Preise für Gas und Öl weiter erhöhen. Wichtig ist, dass wir die Entwicklung genau beobachten und hierzu einen engen Austausch zwischen den betroffenen Bereichen innerhalb von LANXESS haben.

Wie sehr ist LANXESS auf Erdgas angewiesen?

Erdgas ist für uns ein wichtiger Energieträger. 2021 hingen etwa 40 % unserer Energiekosten an den Energiepreisen. Zu erwähnen sind unter anderem der Bezug von Dampf und Strom von der Currenta, für deren Herstellung in hohem Maß Gas eingesetzt wird. Daneben wirkt der Gaspreis aber auch auf einige Rohstoffe, die wir einsetzen, wie etwa Chlor und Ammoniak.

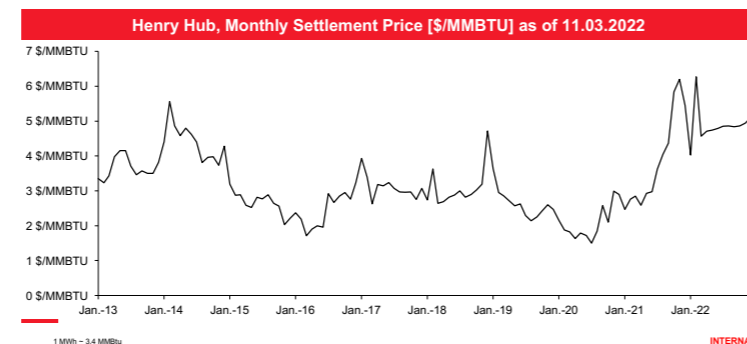
Natural Gas Market Price Development – Germany

LANXESS
Energy Chemistry



Natural Gas Market Price Development – USA

LANXESS
Energy Chemistry



GAS IN EUROPA KOSTET DAS SECHSFACHE

Knapp zehn Jahre lang bewegte sich der Gaspreis in Europa zwischen 10 und 25 €/MWh. Im Herbst 2021 stieg der Preis extrem an, unter anderem wegen starker Nachfrage und geringer Speicherstände. Der Krieg in der Ukraine führte zu einer weiteren massiven Preissteigerung für Erdgas in Europa. Aktuell sind Preise von gut 120 €/MWh zu beobachten. Demgegenüber steht ein Gaspreis von etwa 18 €/MWh in den USA.

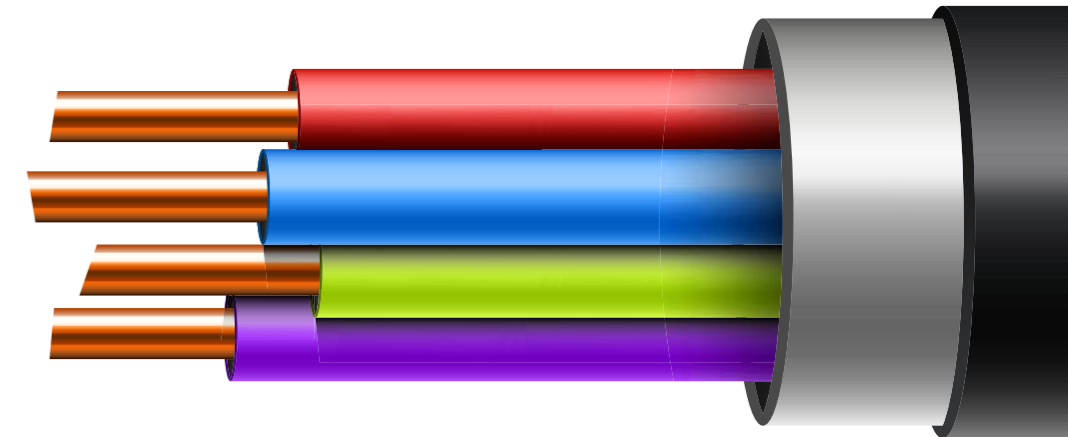
Matthias Zachert. Erschwerend kommt hinzu, dass der Strompreis seit Jahren kontinuierlich steigt. Nach Berechnungen des Bundesverbandes der Energie und Wasserwirtschaft (BDEW) stieg er für die Industrie inklusive Steuern von 2012 bis 2021 um mehr als 46 Prozent und lag im Januar 2022 bei 26 Cent.

Neben der CO₂-Bepreisung und der Netzentgelte macht vor allem die Umlage aus der Energiewende den Strompreis so teuer. Die hohen Strompreise sind also auch hausgemacht. Ein richtiger Schritt ist daher aus Sicht von LANXESS die Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli. Doch das allein wird nicht reichen, um die Strom- und Energiekosten zu stabilisieren. Nötig sind

- eine Reduzierung bzw. Abschaffung verbleibender Umlagen und eine Angleichung der Stromsteuer an den EU-Mindestsatz,
- ein Aussetzen des nationalen Brennstoff-Emissionshandels,
- eine Reduzierung weiterer staatlicher Strompreisbestandteile durch temporäres Anpassen der europäischen Beihilfeleitlinien,
- ein Aussetzen der Marktstabilitätsreserve im europäischen Emissionshandel und Freigabe von „geparkten“ Zertifikaten zur Entlastung des CO₂-Preises.

Wettbewerbsfähig bleiben

Für die deutsche, aber auch die europäische Industrie steht viel auf dem Spiel. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben und gleichzeitig die Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie voranzutreiben, ist ein europäischer Industriestrompreis unverzichtbar. Weitere Kostenbelastungen im Bereich der Energie- und Klimapolitik, wie sie die EU mit dem Green Deal plant – u. a. Grenzausgleichssteuer – sind kontraproduktiv.



WIE VERLÄSSLICH SIND ERNEUERBARE ENERGIEN?

70 bis 75 Prozent seines Energiebedarf deckt Deutschland aktuell aus Importen. Auch deshalb ist der Konflikt mit Russland so brisant. Langfristig sollen heimisch erzeugter Ökostrom und Wasserstoff für Preisstabilität bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit und größtmöglicher Importunabhängigkeit sorgen. Das Problem: 2021 war der Anteil des Stroms aus Erneuerbaren Energien niedriger als 2020. Gut 42 Prozent des verbrauchten Stroms stammten im vergangenen Jahr aus Windparks und Solaranlagen. 2020 betrug der Anteil noch knapp 46 Prozent. Ein windarmes erstes Halbjahr und ein gesteigerter Stromverbrauch als Folge der konjunkturellen Erholung haben den ambitionierten Klimazielen der Ampelregierung einen Dämpfer versetzt.

Durch den Krieg in der Ukraine hat das Thema an Brisanz gewonnen. Um bis 2030 einen Anteil von 80 Prozent zu erreichen, werden die Ausschreibungsmengen jetzt massiv angehoben.

Die Stiftung KlimaWirtschaft, der auch LANXESS angehört, begrüßt das verschärfte Tempo und fordert ein Beschleunigungspakt.

DIE KERNPUNKTE:

- Begrenzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auf maximal ein Jahr.
- Straffe Steuerung des Erneuerbaren-Ausbaus und Aufhebung restriktiver Abstandsregeln für Windräder
- Beschleunigter Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.
- Schnelle Einführung der angekündigten Klimaschutzverträge für Industrieunternehmen.

Chemie braucht Versorgungssicherheit

Die chemische Industrie ist auf eine zuverlässige Strom- und Wärmeversorgung angewiesen. Die hochkomplexen Produktionsanlagen der Chemie- und Pharmabranche laufen rund um die Uhr. Sie kurzfristig und beliebig aus- und wieder einzuschalten, ist technisch nicht möglich. Eine vorübergehend abgeschaltete Anlage und die damit verbundenen Ausfälle haben weitreichende Konsequenzen und treffen alle Wertschöpfungsketten. Ein erzwungener Stopp der Anlagen, ausgelöst durch zu wenig Strom oder Wärme, muss unbedingt vermieden werden. LANXESS fordert von der Bundesregierung daher dringend ein Konzept zur Absicherung der Energieversorgung bei Engpässen. Ein Gesetz zur nationalen Gasreserve (siehe Seite 15) wurde bereits auf den Weg gebracht. Ein vorübergehendes Aussetzen der geplanten Stilllegungen von Braun- und Steinkohlekraftwerken würde die gasbasierte Stromerzeugung entlasten.



» Alle bei uns gefertigten Produkte – insbesondere die in Deutschland und Belgien hergestellten – leiden unter dem starken Anstieg der Energiepreise. Bei vielen Produkten sehen wir gerade Spitzenpreise, die Kollegen, die seit über 40 Jahren im Geschäft sind, noch nicht erlebt haben. «

Frederique van Baarle, Geschäftsführerin der Business Unit High Performance Materials

2,8 Millionen Tonnen Erdgas als Rohstoff und **99,3 Terawattstunden** Erdgas für die Erzeugung von Dampf und Strom benötigt die Chemiebranche jährlich. Dazu kommen **14 Millionen Tonnen** Rohbenzin für die Herstellung der Produkte.

Staat muss alle Optionen nutzen

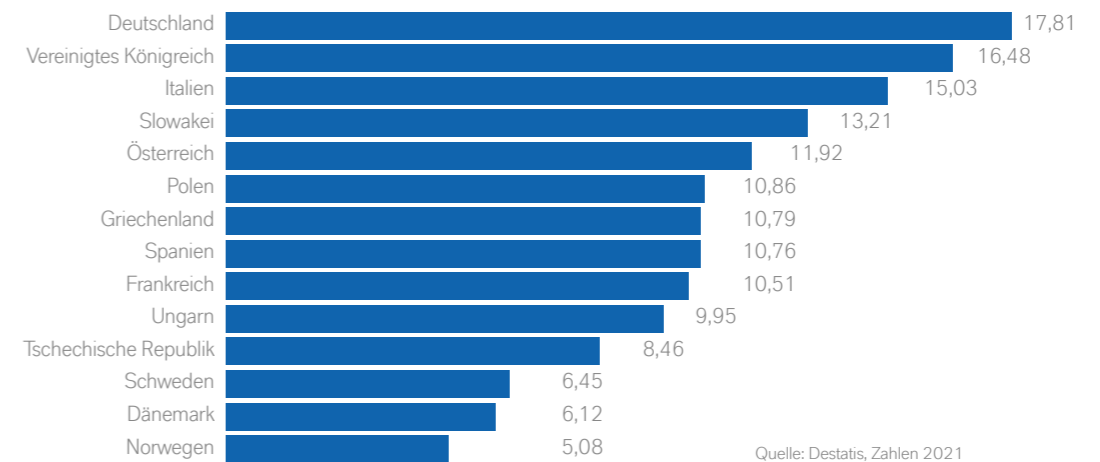
Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen gilt es jetzt, die Energieversorgung Deutschlands zu sichern. Dazu ist Folgendes notwendig:

- Ausbau der Flüssigerdgas (LNG)-Infrastruktur in deutschen Häfen.
- Zusätzliches LNG aus den USA, Katar und anderen Lieferquellen sicherstellen, um die einseitige Abhängigkeit zu reduzieren.
- die Eigenförderung in Deutschland ebenso hochfahren wie im holländischen Nordsee-Gasfeld.
- Ungenutzte Pipeline-Importkapazitäten in Aserbaidschan und Algerien heben.
- Gespräche mit den Niederlanden führen, um den geplanten Erdgasförderstopp in Groningen zu verschieben.
- Massiver, schnellstmöglicher Ausbau der Erneuerbaren Energien,
- Deutlich schnellere Genehmigungen für Industrieprojekte.



STROMPREISE FÜR INDUSTRIEKUNDEN IM EUROPÄISCHEM VERGLEICH

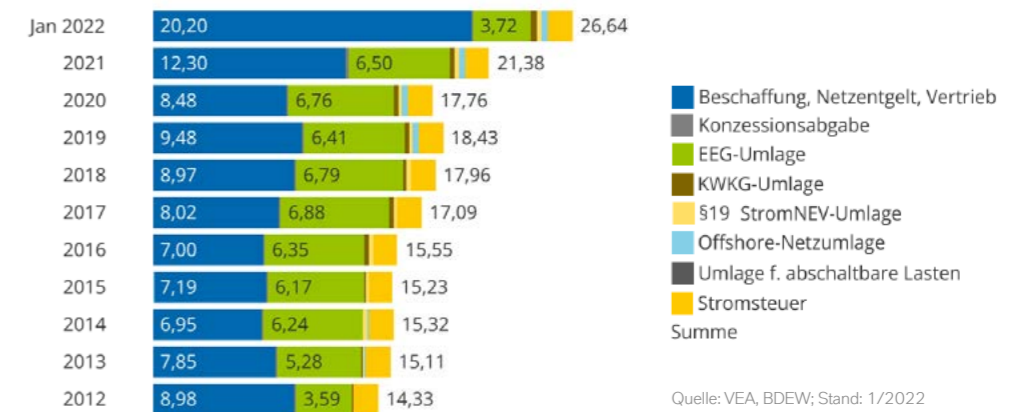
in Euro-Cent pro Kilowattstunde; 500 MWh bis 2.000 MWh



In keinem anderen Land Europas müssen Industriekunden so viel für Strom bezahlen wie in Deutschland. Besonders deutlich wird das im Vergleich zu den skandinavischen Ländern. Hohe Abgaben und Umlagen machen den Industriestrom in Deutschland so teuer.

ENTWICKLUNG DES INDUSTRIESTROMPREIS (INKL. STROMSTEUER) IN DEUTSCHLAND

Durchschnittlicher Strompreis für Neuabschlüsse in der Industrie in ct/kWh (inkl. Stromsteuer) Jahresverbrauch 160.000 bis 20 Mio. kWh, mittelspannungsseitige Versorgung



Industriestrom auf Rekordniveau: Trotz gesunkener EEG-Umlage ist der durchschnittliche Preis im Januar 2022 auf einen bisherigen Höchststand von 26 Cent gestiegen. 2022 wird daher vermutlich ein weiteres Rekordjahr werden. Von 2012 bis 2021 ist der Preis um 46 Prozent gestiegen.

»» WIR BESCHLEUNIGEN DEN TREND ««

LANXESS setzt auf Frauen: Bis 2030 soll ihr Anteil in Führungspositionen 30 Prozent betragen. Katja Borghaus, Leiterin des globalen Konzernbereichs Human Resources, erklärt im politiX-Interview, dass Führungskräfte als Vorbild wichtig sind, und erläutert, warum manche Standorte beim Thema Diversity ganz vorne liegen.

Mehr Frauen in Führungspositionen ist das Ziel. Wie schneidet LANXESS im Vergleich ab?

Momentan liegt der Frauenanteil bei LANXESS bei 20 Prozent, im Management immerhin bei 24 Prozent. Hier möchten wir den Anteil von Frauen bis Ende 2030 auf 30 Prozent erhöhen. Wir setzen uns aber auch ambitionierte Ziele für die Vorstandsebene sowie die erste und zweite Führungsebene unterhalb des Vorstands. Außerdem sollen bei unseren konzernweiten Talentprogrammen 30 Prozent der Teilnehmenden Frauen sein. Direkte Vergleiche mit anderen Unternehmen sind schwierig. Wir sind ein Spezialchemie-Konzern mit großem Produktionsanteil und traditionell männerdominierten Berufen. Da fällt es leider noch schwer, einer Geschlechter-Balance nahezukommen.

Sehen Sie LANXESS auf einem guten Weg?

Ja. Wir verbessern uns jedes Jahr und wollen diesen Trend nicht nur aufrechterhalten, sondern auch beschleunigen. Und dabei ist uns natürlich stets wichtig, dass ein Bewerber/eine Bewerberin auf die Stelle passt. Wir fahren keine Strategie, die vorsieht, ab sofort freie Stellen fast

ausschließlich mit Frauen zu besetzen. Wir sind jedoch überzeugt, dass unbewusste Denkmuster sehr häufig dazu führen, dass weibliche Kandidaten schlechtere Chancen in Bewerbungs- und Beförderungsprozessen haben. Das muss sich ändern, und daran wollen wir arbeiten!

Gibt es LANXESS-Standorte, die schon heute über einen hohen Frauenanteil verfügen?

Tatsächlich gibt es Länder, die laut Prozentzahl unser Ziel erreicht oder übererfüllt haben. Dazu gehören Brasilien oder China. Der Großteil der Mitarbeitenden kommt dabei aus den Bereichen Marketing und Verwaltung, weniger aus der Produktion. Das erklärt vermutlich die gute Gender Balance. Ansonsten haben z. B. auch Spanien, die Schweiz und die Türkei einen hohen Frauenanteil im Management, allerdings ist hier die Gesamtzahl im Management auch vergleichsweise sehr klein, sodass einzelne Positionen einen erheblichen Einfluss auf die Verteilung haben. Und, wir haben in diesen Ländern keine – oder so gut wie keine – Produktion.

Sehen Sie noch weitere Gründe für deren Erfolg?

Einige Länder sind bei der Geschlechtervielfalt und Chancengleichheit deutlich weiter und das spiegelt sich auch im Management wider. Allerdings nicht immer. Brasilien schneidet beim Global Gender Gap Report 2020 nicht gut ab, verzeichnet aber bei uns einen relativ hohen Frauenanteil im Management. Das hat auch damit zu tun, dass wir in Brasilien eine weibliche Landesleitung



» Gender Diversity geht uns alle etwas an – Frauen *und* Männer. Denn wir wollen alle nachhaltig erfolgreich sein. «

Katja Borghaus,
Leiterin des globalen Konzernbereichs
Human Resources

haben. Studien zeigen, dass das Commitment von ganz oben und Rollenvorbilder extrem wichtig sind, um Fortschritte bei Gender Diversity, Equity & Inclusion zu verzeichnen. Ich bin überzeugt, dass eine diverse Zusammensetzung der Management-Teams sich extrem positiv auswirkt.

Wie will LANXESS die höhere Frauenquote konkret erreichen?

Wir möchten sicherstellen, dass alle Mitarbeitenden – und insbesondere auch in Führungspositionen – wissen, dass Vielfalt nicht nur „nice to have“, sondern ein ganz klarer Erfolgsfaktor ist: Teams, die aus Männern und Frauen bestehen, treffen die besseren Entscheidungen – das ist durch viele Studien belegt. Ansetzen wollen wir in allen relevanten HR-Prozessen. Wir unterstützen weibliche

Nachwuchsführungskräfte mit individuellen Mentoring- und Coaching-Angeboten, nutzen die Besetzungsziele bei den globalen Talentprogrammen und arbeiten im Recruiting mit speziell auf Frauen zugeschnittenen Veranstaltungen. Außerdem bauen wir unsere Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie kontinuierlich aus.

Im vergangenen Jahr gab es eine Frauennetzwerk-Veranstaltung ...

Die Veranstaltung wurde so gut angenommen, dass das Netzwerk in diesem Jahr global etabliert werden soll. Besonders toll ist es zu hören, dass sich Frauen zusammenschließen, um eine Mentoring-Beziehung einzugehen. Im Februar 2021 haben wir uns der Initiative Women's Empowerment Principles von UN Women und UN Global Compact angeschlossen. Das bedeutet: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, geschlechtsspezifische Maßnahmen zur Förderung von Frauen und null Toleranz gegenüber sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.

Zum Schluss: Was ist Ihr persönlicher Rat an Frauen, die eine Führungsposition anstreben?

Wenn der Karriere-Bus vorbeifährt, springt auf. Seid selbstbewusst und denkt an Eure Erfahrungen, Fähigkeiten und Stärken.

TOP DOWN

Studien zeigen: weibliche Chefs führen zu einer stärkeren Förderung von Frauen auf allen Ebenen.

VIELFALT = ERFOLG

Studien zeigen: Teams, die aus Männern und Frauen bestehen, treffen bessere Entscheidungen.

» DIE INDUSTRIEPOLITIK HAT AN BEDEUTUNG STARK GEWONNEN «

Der Countdown zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen läuft. Die Industrie schaut mit Spannung auf diesen wichtigen Termin. Im politiX-Interview zieht Hans-Jürgen Mittelstaedt, Geschäftsführer des VCI NRW, Bilanz und sagt, welche Rahmenbedingungen die chemische Industrie jetzt braucht.

Was sind aus Sicht des VCI NRW die wichtigsten Themen in NRW?

Mittelstaedt: Das ist ganz klar die Transformation zu einer zirkulären und treibhausgasneutralen Lebens- und Wirtschaftsweise. Sie stellt gerade für NRW als Industrieland Nummer 1 eine zentrale Herausforderung dar. Doch sie kann nur mit einer starken Industrie und den dafür notwendigen Rahmenbedingungen gelingen. Ins Zentrum rückt dabei die sichere Versorgung mit ausreichend grüner Energie. Allein eine künftig klimaneutrale Chemie wird mehr grünen Strom benötigen als Deutschland heute insgesamt verbraucht. Wir müssen in NRW und auch aus NRW heraus diesen Weg zu einer sicheren klimaneutralen Stromversorgung zu bezahlbaren Preisen aktiv mitgestalten. Bis zum ersten Zwischenziel im Jahr 2030 haben wir nur noch knapp acht Jahre Zeit. Die Umsetzung darf nicht von dogmatischen Vorstellungen geleitet sein, sondern braucht viel Pragmatismus und kann nur gemeinsam gelingen.

42

Mrd. Euro Umsatz erzielt die Chemiebranche in NRW. Das sind knapp 30 % des gesamtdeutschen Umsatzes.

Was wurde bislang erreicht?

In den letzten Jahren hat die Industriepolitik stark an Bedeutung gewonnen. So sind die industriepolitischen Leitlinien der Vorgängerregierung von der aktuellen Landesregierung zu einem Leitbild weiterentwickelt worden. Dieses Leitbild gibt für alle Fachministerien einen Rahmen vor, der aufzeigt, wie sich unser Industriestandort in NRW gleichsam zukunftsfest und nachhaltig weiterentwickeln soll. Dieses Grundverständnis wurde durch weitere Strategien zu zentralen Handlungsfeldern unterfüttert. Zu nennen sind hier eine Landesstrategie zur Sicherstellung der künftigen Energieversorgung, die NRW-Roadmap zur Entwicklung einer für die Chemie wichtigen Wasserstoffwirtschaft oder die europaweit einmalige Carbon-Management-Strategie. Sie setzt sich mit der Frage auseinander, wie Kohlenstoff in einem klimaneutralen Industriestandort genutzt werden kann. Diese Strategien bilden die Grundlage dafür, dass wir die Transformationswege so erfolgreich wie möglich gestalten können. Jetzt geht es darum, dies ohne Verzögerungen umzusetzen.

Schwergewicht NRW

Als Wirtschafts- und Chemiestandort setzt Nordrhein-Westfalen Maßstäbe. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 697,13 Mrd. Euro (2020) steht das Bundesland in Deutschland an der Spitze. Gemessen an der Wirtschaftsleistung liegt NRW vor der Schweiz, Schweden, Polen und Belgien. Das liegt vor allem an der Chemie. Von den zehn umsatzstärksten deutschen Chemieunternehmen haben allein fünf ihren Sitz in NRW. EU-weit liegt der Chemiestandort NRW in Bezug auf seinen Umsatz auf Rang 5 und weltweit auf Rang 14.



Ukraine-Hilfe

Der VCI-NRW unterstützt das Hilfswerk „action medeor“, um die Menschen in der Ukraine mit dringend benötigten Medikamenten zu versorgen. Schirmherr ist Ministerpräsident Hendrik Wüst.

Wo gibt es Nachholbedarf?

Die Transformation wird zu zusätzlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren führen. In beiden Bereichen müssen wir deutlich schneller werden, um die Klimaziele erreichen zu können. Konkret brauchen wir Genehmigungsverfahren, die zu der aktuellen und künftig noch deutlich zunehmenden Veränderungsdynamik passen. So muss es etwa möglich sein, bei einer dynamischeren Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft die dann dringend benötigten Wasserstoffpipelines schneller in Betrieb zu nehmen. Die derzeit benötigten üblichen sieben Jahre sind einfach zu viel. Schaffen wir dies nicht, wird die Transformation scheitern.

Wie sieht Ihre Bilanz bei der Digitalisierung und Infrastruktur aus?

Hier wurde schon einiges in Angriff genommen. So ist die Digitalisierung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren ein wichtiger Baustein. Er beschleunigt Verfahren und entlastet die sowieso schon knappen personellen Ressourcen. NRW hat sich bei der Digitalisierung behördlicher Leistungen bundesweit eine Spitzenposition erarbeitet. Dieses Wissen muss jetzt schnellstmöglich dafür genutzt werden, um auch die Fachverfahren zur Zulassung von Industrieanlagen und die Planung von Infrastrukturen zu digitalisieren. Wir benötigen zudem Reallabore: In ihnen könnten neue Technologien und Verfahren ohne großen bürokratischen Aufwand erprobt und pilotiert werden. Als letzte „Baustelle“ möchte ich die

Verkehrsinfrastruktur nennen. Hier gilt es, das Infrastrukturnetz im Bereich Straße, Schiene und Wasserstraße bestmöglich zukunftsfähig zu machen. Dort ist in den vergangenen Jahren bereits vieles geschehen, aber – und das spürt jede Bürgerin und jeder Bürger tagtäglich – es bleibt noch viel zu tun.

Was erwartet der VCI NRW konkret von einer neuen Landesregierung?

Wir benötigen jetzt maximales Tempo für eine Politik, die Planungssicherheit bietet, unnötige bürokratische Hemmnisse abbaut, Digitalisierung und Infrastruktur optimiert und Innovationen, wo immer möglich, fördert statt behindert. Denn nur so werden wir die Bausteine Klimaschutz, Wohlstand und Wachstum dauerhaft zu einer festen Erfolgsformel verbinden.



» Ziel muss sein, den Wandel in NRW so erfolgreich zu gestalten, dass er zum Leuchtturm für Industrieregionen weltweit wird. «

Hans-Jürgen Mittelstaedt,
Geschäftsführer des VCI NRW

13

Chemieparks machen NRW zur Nr. 1 in Deutschland, u.a. in Dormagen, Krefeld-Uerdingen, Leverkusen, Marl und Gelsenkirchen.

CO₂-EMISSIONEN

CARBON LEAKAGE BLEIBT THEMA

Mit einem neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) will die EU-Kommission dazu beitragen, bis 2050 klimaneutral zu werden. LANXESS sieht den Vorschlag kritisch, da er Carbon Leakage nicht verhindert.

Worum geht es?

Der neue CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, CBAM, soll schrittweise die derzeitigen Maßnahmen zum Schutz vor Verlagerung von CO₂-Emissionen ersetzen. Insbesondere ist davon die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems (ETS) betroffen. Die neuen Rechtsvorschriften werden derzeit vom EU-Parlament und den EU-Mitgliedstaaten geprüft. Die chemische Industrie befürchtet, dass die CBAMs keinen Schutz vor Carbon Leakage bieten. Außerdem stellen sie nicht genügend Daten und

Maßnahmen zur Verfügung, um die Wertschöpfungsketten der chemischen Industrie zu erfassen.

Welche Produkte sind betroffen?

Zwar sind Vorprodukte für die Herstellung der chemischen Verbindung Caprolactam, wie Ammoniak und Salpetersäure, durch CBAM erfasst, nicht aber die Herstellung von Produkten, die auf diesen Ausgangsstoffen basieren. Das bedeutet, dass die Freizuteilungen wegfallen. Das hat zur Folge, dass sich die Produktion von Caprolactam innerhalb der EU verteuert. Die

EU als Standort ist damit nicht mehr wettbewerbsfähig gegenüber Produzenten außerhalb der EU.

Wo muss nachgebessert werden?

Soll der CBAM-Vorschlag auf den Chemiesektor der EU angewandt werden, müssen zunächst vier Kernforderungen erfüllt werden:

1. Einbeziehung indirekter Kohlenstoffkosten bei gleichzeitigem Zugang zu ausreichend kostengünstiger grüner Energie.
2. Einbeziehung der gesamten Wertschöpfungskette, um Umgehungstatbestände zu vermeiden.
3. Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Exporte.
4. Eine praktikable und effiziente Umsetzung mit international anerkannten Regeln zur Bestimmung des CO₂-Fußabdrucks der importierten Güter.

Wie ist der Standpunkt von LANXESS?

Die WTO-Kompatibilität ist nicht geklärt. Wichtige Handelspartner von den USA über China bis hin zu Indien und Australien haben Bedenken gegen CBAM geäußert und mögliche Gegenmaßnahmen angekündigt. LANXESS fordert daher, dass die kostenlose Zuteilung von CO₂-Emissionen beibehalten wird, bis bewiesen ist, dass CBAM funktioniert.



REAKTION AUF GASKRISE

PREISSPIRALE BEENDEN

Die Gasspeicher sind fast leer. Der Krieg in der Ukraine verschärft die Situation. In Zukunft sollen verpflichtende Füllstände die Versorgung sichern und Preise drosseln.

Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck handelt: Er hat ein Gesetz zur nationalen Gasreserve angekündigt. Es soll spätestens im April beschlossen werden. Tritt es zum 1. Mai 2022 in Kraft, steht das komplette Sommerhalbjahr zur Befüllung der Gasspeicher zur Verfügung. Und diese Zeit muss genutzt werden.

Liberalisierter Gasmarkt

Deutschland verfügt an sich über das größte Speichervolumen für Erdgas in Mittel- und Westeuropa (24 Mrd. m³). Das entspricht ungefähr der Hälfte des Gases, das pro Jahr durch die Gasleitung Nord Stream 1 transportiert werden kann. Dieses Speichervolumen alleine kann Deutschland zwei bis drei durchschnittlich kalte Wintermonate lang mit Gas versorgen. Das Problem: In Deutschland ist der Gasmarkt weitgehend liberalisiert. Es gibt

keine ausreichenden Instrumente, um die Füllstände der Gasspeicher zu beeinflussen. Die Entscheidung, Gasvorräte anzulegen, liegt allein bei den Betreibern. Die Folgen waren in diesem Winter zu spüren.

Leere Speicher, hohe Preise

Die Füllstände der Speicher waren historisch niedrig. Dies gilt insbesondere für die Speicher von Gazprom.

90 %
muss der Füllstand der Gasspeicher im Dezember künftig betragen. Das sind die Vorgaben dazu:

- 1. August = 65 %
- 1. Oktober = 80 %
- 1. Dezember = 90 %
- 1. Februar = 40 %

Auch deswegen stiegen die Preise an den kurzfristigen Handelsplätzen stark; bei Nachfragespitzen wurde kaum zusätzliches Gas aus den Speichern angeboten. Zudem liegen die Kosten zur Absicherung einer stabilen Gasversorgung in den unterschiedlichen Marktgebieten um mehrere 100 Millionen Euro über der Risikoabsicherung der letzten Jahre.

Anreize und Sanktionen

Diese Situation soll sich nicht wiederholen. In einer Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes wird die Überwachung und insbesondere Durchsetzung der Speicherbefüllung festgelegt: Der sogenannte „Marktgebietsverantwortliche“, eine Tochtergesellschaft aller Gaspipeline-Betreiber in Deutschland, bekommt einen umfassenden Anreiz- und Sanktionskasten, um die Versorgungssicherheit im Winterhalbjahr zu gewährleisten. Dabei gilt: Jeweils so viel Markt wie möglich und so viel Versorgungssicherheit wie nötig. In einem mehrstufigen Verfahren soll zunächst die Speicherbefüllung beobachtet und, wenn erforderlich, angereizt werden. Wenn Mindestfüllstände absehbar nicht erreicht werden, greifen zusätzliche Instrumente, damit definierte Mindestfüllmengen zu verschiedenen Terminen erreicht werden.

PLANUNGS- UND MODERNISIERUNGSGESETZ

VEREINFACHEN STATT VERKOMPLIZIEREN

Windräder oder Solarparks werden bevorzugt behandelt, sollen künftig um 50 Prozent schneller ihre Genehmigungen erhalten als noch zurzeit. So steht es im Koalitionsvertrag. Solch eine Beschleunigung fordert auch die Industrie für ihre Projekte. Dafür gibt es gute Gründe. Unter anderem diesen: Jeder Tag Verzögerung kostet die Volkswirtschaft 1,3 Milliarden Euro.

Die Umwelt- und Sicherheitsstandards für Industrieanlagen in Deutschland sind hoch. Um Anlagen betreiben zu können, müssen komplexe technische und organisatorische Vorgaben aus dem Umwelt- und Stoffrecht erfüllt werden. Dazu zählen Vorschriften zur Luftreinhaltung, zum Gewässer-, Boden- und Naturschutz sowie zum Abfallrecht. Noch vor zehn Jahren galt das deutsche Genehmigungsrecht als verlässlich und damit als positiver Standortfaktor. Das hat sich komplett verändert. Das Genehmigungsrecht ist kompliziert und wird einer modernen Bürgerbeteiligung nicht gerecht. Viele Verfahren ziehen sich in die Länge. Hinzu kommt, dass EU-Vorgaben in Deutschland streng interpretiert werden. Behörden legen unklare Rechtsbegriffe wie „erheblich“ oder „angemessen“ äußerst res-

triktiv aus. Die Folge: Genehmigungsverfahren sind aufgrund des bürokratischen Aufwands nicht mehr planbar. Eine Modernisierung des Genehmigungsverfahrens ist daher überfällig.

VCI-Initiative für ein neues Gesetz

Um ein Planungsmodernisierungsgesetz (PlanModG) zu erreichen, wurde innerhalb des VCI eine Task Force gegründet. LANXESS treibt als Mitglied die Entwicklung voran. Der Fokus liegt auf der Digitalisierung und der Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Gestützt wird die Kampagne der VCI-Initiative von einem aktuellen Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), das den ökonomischen und ökologischen Einfluss beschleunigter Planungs- und Genehmi-

gungsverfahren in Deutschland untersucht hat. Demnach kostet jeder Tag Verzögerung die deutsche Volkswirtschaft 1,3 Milliarden Euro.

Industrieprojekte nicht benachteiligen

Die Ampelregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Verkürzung der Planungsverfahren um 50 Prozent angekündigt – dies bezieht sich aber vor allem auf Infrastruktur, Netze, erneuerbare Energien, Fernstraßen und Ladeinfrastruktur. Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie wird aber nur dann gelingen, wenn auch Industrieprojekte zügig gebaut werden können, z. B. modernere Abgasreinigungsanlagen oder effizientere Produktionsanlagen. Für die VCI Task Force ist es daher entscheidend, dass die Planungs- und Genehmi-

gungsverfahren für Industrieanlagen in Deutschland in gleicher Weise beschleunigt werden wie der Bau von Windkraftanlagen, Stromleitungen oder Verkehrsprojekten. Industrieprojekte dürfen nicht benachteiligt werden. Das bedeutet, dass das Anlagenzulassungsrecht grundlegend überarbeitet werden muss. Ziel der Kampagne ist es, das Planungs- und Genehmigungsrecht noch 2022 zu modernisieren und ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen.

LANXESS-Projekt in NRW zeigt, wie es geht

Dass dieses Thema im Koalitionsvertrag einen so großen Raum eingenommen hat, ist ein großer Erfolg der Task Force. LANXESS hat zudem in den letzten Jahren immer wieder Kritik an den allzu zähen Genehmigungsprozessen geübt. Mit Erfolg. Zusammen mit dem NRW-Wirtschaftsministerium und der Bezirksregierung Köln konnte der Chemiekonzern in einem gemeinsamen Projekt zeigen, dass sich Genehmigungsverfahren stark vereinfachen und zeitlich verkürzen lassen.

INITIATIVE & KAMPAGNE

DIE WICHTIGSTEN FORDERUNGEN

1 Planungsmodernisierungsgesetz auf den Weg bringen

Das Umwelt-, Planungs- und Genehmigungsrecht muss modernisiert werden. Zuständigkeiten müssen gebündelt und Rechtsklarheit muss geschaffen werden.

2 Öffentlichkeitsbeteiligung weiterentwickeln

Ein frühzeitiger Dialog zwischen allen Beteiligten unterstützt ein effizientes Anlagenzulassungsrecht. Die Verfahren sollten auf die betroffene Öffentlichkeit begrenzt werden. Schriftliche Verfahren sind zielführender als Erörterungstermine. Fristen müssen vereinheitlicht werden.

3 Know-how-Diebstahl vorbeugen

Der Verlust von Know-how muss vermieden werden. Neben Wettbewerbs- und Datenschutz muss auch die Cybersicherheit gewährleistet sein. Hierzu sind bundeseinheitliche Bewertungsmaßstäbe und Prozesse sowie eine Digitaltauglichkeit des Rechts nötig.

4 Schutz sensibler Unternehmensdaten

Im Streitfall muss zeitnah geklärt werden, welche Unterlagen geheim bleiben müssen. Verfahren sollten weder ausgesetzt noch verzögert werden. Ein Sicherheitsrisiko darf es nicht geben.

5 Bürokratie abbauen und verständliche Rechtsbegriffe verwenden

Der Gesetzgeber sollte klare Rechtsbegriffe nutzen und Zielkonflikte lösen: Anforderungen und Vollzugsvorschriften müssen praxisnah, eindeutig und unmissverständlich formuliert werden.



JUNGE CHEMIE-OLYMPIONIKEN BEI LANXESS

1.500 Nachwuchswissenschaftler wollen beim 54. Finale der „Internationalen Chemie-Olympiade“ in China dabei sein. Für die besten Teilnehmenden aus NRW richtete LANXESS das Landesseminar aus und unterstützte es mit 10.000 Euro. Zum Abschluss wurden die jungen Chemikerinnen und Chemiker bei einer Feierstunde in Köln geehrt. Neben Stephanie Coßmann (2. Reihe, Foto Mitte), Mitglied des LANXESS-Vorstands, nahm auch Bildungsministerin Yvonne Gebauer (2. Reihe, 1. Foto v. r.) an der Veranstaltung teil.



Fünf Nachwuchswissenschaftler

aus NRW qualifizierten sich bereits vor dem Landesseminar für die nächste Auswahlstufe. Janne Maximilian Glösen, Maren Sophie May, Moritz Böger, Johannes Lohmann und Alexander Schützenberg treten an, um im Juli in Tianjin/China dabei zu sein.